

Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Erbblatt und Anzeiger).

Verantwortlicher
Redakteur
Herrn Dr. H.
Hofmann Nr. 12.

Das Riesner Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Kreisgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Kreisgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlich-erlaubt bestimmte Blatt.

Postkonton:
Dresden 1800.
Stroßstraße:
Riesa Nr. 12.

Nr. 12.

Freitag, 15. Januar 1932, abends.

85. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark ohne Zustellgebühr, durch Postbezug RM. 2.14 einschl. Postgebühr (ohne Zustellgebühr). Für den Fall des Eintretens von Produktionsverzögerungen, Erhöhungen der Abgabe und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 3 mm hohe Grundschreibzeile (6 Silben) 1/2 Gold-Pfennige; die 39 mm breite Reklameweile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Zuschlag. Jede Zeile, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungen und Erfüllungsort: Riesa. Künftigste Unterhaltungsbeilage „Sprüher an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Verbreitungsanstalten — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.
Rotationsdruck und Verlag: Renger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Poststraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Hagemann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Riesa.

Politik der Woche.

Vor den Toren von Lausanne und Genf. — Wirkungen der Ranzlererklärungen. — Um den Präsidentenwahl. — Parteipolitik und nationales Interesse.

Man sieht heute die außenpolitische Situation ziemlich klar. Mit Mühe ist der Termin der Lausanner Reparationskonferenz angelegt, die Fronten scheinen sich ab, auf der einen eigentlich Frankreich ziemlich vereinsamt steht und sich nur in gewissen Fragen Rückendeckung zu sichern wußte. Ohne Zweifel ist die Welt davon überzeugt, daß die politischen Verhandlungen mit Schuld an der Wirtschaftskatastrophe haben und endlich Schluß mit dieser Fallleitung von Milliardenbeträgen gemacht werden muß. So leicht aber ist es nicht, einfach zu dekretieren, die Reparationen seien erledigt. Es ist nicht nur die Volkswirtschaft in Frankreich zu beachten, daran zu denken, daß der Kreislauf des Geldes zwar falsch, aber immerhin im Gange ist und keine plötzliche Unterbindung Gefahren mit sich bringen kann, und schließlich hängt auch die letzte Entscheidung von der Haltung Amerikas ab, das die Welt mit Geld versorgt und wieder die Goldflüsse ausläßt, die sich nach kurzem Kreislauf über Amerika ergießen. Amerika hält an einer Ansicht, keine weitere Schuldentreibungen vorzunehmen unbedingt sei. Es hat aber dabei einen gewissen Vorbehalt gemacht und aus diesem Vorbehalt wahrscheinlich auch die Teilnahme an der Lausanner Konferenz abgelehnt. Es will in Genf in der Abrechnungskonferenz mit der alten Forderung operieren, die Höhe der Schuldentreibung richtet sich nach der Währung der betroffenen Länder. Aus diesem Grunde muß die Genfer Konferenz höher eingeschätzt werden, als die Reparationskonferenz, denn die Reparationskonferenz hat letzten Endes einmal die endgültige Festlegung der Tributzahlungen herbeizuführen, was aber nur möglich ist, wenn Amerika auf seine Schuldforderungen verzichtet. Wollte Frankreich in Lausanne im Vertrauen auf die amerikanische Nachfolge großzügig handeln, so wäre schließlich viel erreicht. Trotz der entschieden auftretenden französischen Linkspresse jedoch findet sich in Frankreich keine Mehrheit, die die Verantwortung dieser Geste, die immer noch ein großes Wagnis bedeutet, auf sich nehmen will.

Deshalb ist auch die Pariser Regierungskreise erklärlich, die nichts anderes, als die Einsetzung einer nationalen oder richtiger unbenachteiligteren Regierung beabsichtigt. Und die Forderungen des Kanzlers, die dazu keinesfalls neu waren, mußten erhalten, um die innenpolitische Regierungskrise Frankreichs zu rechtfertigen. Man hat den immerhin verständlichen Wunsch endlich aus der Regierung entfernt und Naval versucht zur Zeit ein Kabinett zu bilden, das den Deutschen und den Erfolgswahrscheinlichkeiten die starke Schulter zeigt, das auf jeden Fall die alten Verträge verteidigt und sich der Endlösung entzieht, vielmehr nur mit einem kürzeren oder längeren Moratorium einverstanden sein dürfte. Der Kanzler verlangt sicherlich zu viel, daß Frankreich vor den drei Monaten stattfindenden Wahlen Farbe bekennen. Dennoch wird man gegen die gerade Sprache Brünings nichts einzuwenden haben. Was kann sie schaden? Wenn die französischen Politiker behaupten, sie habe zunächst die bisherige französische Regierung unterminiert, so ist der Erfolg schon anerkennen. Die Beschlüsse werden nicht ausbleiben, sie aber wird Brünning dem deutschen Volke gegenüber zu verantworten haben.

Er hat selbstverständlich alles versucht, um namentlich für Lausanne eine starke Rückendeckung zu erhalten. Seine Absicht war es, mit einer Verständigung der Parteien in der Frage der Präsidentenwahl dem gesamten Auslande gegenüber betonen zu dürfen, daß die deutsche Politik eine sichere Einie einhalte und unbedingt vertrauenswürdig sei. Wahrscheinlich haben ihn auch noch andere Gründe bewogen, über den Reichswehr- und Innenminister Adolf Hitler nach Berlin zu bitten. Die Aktion des Kanzlers war ein Mißerfolg. Man kann davon Nichts nehmen, daß er selbst diesen Mißerfolg einfalligsten haben soll, weil Zweck seiner Politik nicht nur die Sicherung für Hindenburg, sondern auch die Zerstückelung einer der größten Parteien und der Bruch der Dargestellten Front gewesen sein soll. Wir geben das Gewicht wieder. Vielleicht liegt einmal Grund vor, nachzuprüfen, ob es zu Recht oder Unrecht ausgeführt wurde. Die Erfahrung haben wir jedenfalls hinter uns, daß Dr. Brüning sich nicht leichtfertig in solche Situationen hineinmanövriert. Die schiefe Situation könnte jetzt, wenn kein anderer Hintergrund gesucht wird, vorliegen. Denn nach der Ablehnung durch Hitler und Hugenberg, der Anregung des Kanzlers zu folgen und Herrn von Hindenburg im Reichstage unter Ausschaltung der Volkswahl zu wählen, muß nun doch die Volkswahl kommen.

Und dabei sei an eine Tatsache erinnert, die in diesen Tagen gar nicht erwähnt wurde. Als die Weimarer Verfassung beraten wurde und die Frage, wie der Reichspräsident gewählt werden sollte, zu entscheiden war, setzten sich die Sozialdemokraten mit Nachdruck für eine Volkswahl ein. Sie drückten diese Forderung durch. Es hätte ebensogut die Präsidentenwahl durch den Reichstag verfassungsmäßig verankert werden können. Auf diese sozialdemokratische Forderung haben sich jetzt Hitler und Hugenberg gestützt. Sie dürften dem Volke nicht das Recht nehmen, seinen Präsidenten selbst zu wählen. Es ist Redensache, ob es sich um eine gekuchte Form der Abrechnung handelt und man die wahre Absicht verfolgen sollte. Jedenfalls muß die Wahl im März ausgefochten werden. Ob es ein Gefecht oder eine Schlacht wird, hängt heute weiter von den Nationalsozialisten ab, für die inzwischen Dr. Brüning bereits die Er-

„Der Stahlhelm“ zur Reichspräsidentenfrage.

(Berlin. Unter der Überschrift „Verteidigung um Hindenburg“ nimmt „Der Stahlhelm“, das Organ des Bundes der Frontkämpfer, zu den Vorkäufen Stellung, die in den jüngsten Tagen im Vordergrund des politischen Interesses gestanden haben. In den Ausführungen des „Stahlhelms“ heißt es u. a.:

„Sachlich begründen wir den Ausgang der Parteiverhandlungen“

und verzeichnen besonders mit Befriedigung, daß die Parteien der nationalen Opposition sich auf den Boden der grundsätzlichen Stellungnahme gestellt haben, die der Stahlhelm seit Jahren vertreten hat. Seit Jahren kämpft der Stahlhelm für eine Stärkung der konstitutionellen Stellung des Reichspräsidenten und für eine Minderung der übermäßigen, dem Wohle der Nation abträglichen Machtstellung des Parlaments. Wenn man jetzt dem Reichstag die ihm nicht einmal nach der Verfassung zugehörige Befugnis verleihen hätte, den Reichspräsidenten zu wählen, oder was auf dasselbe hinauskommt, seine Amtszeit zu verlängern, so hätte man ihm eine politische Bedeutung gegeben, die weit über diejenige hinausgegangen wäre, die er inwieweit glücklicherweise verloren hat. Es geht nicht an, diese Gefahr zu bagatelisieren mit der Behauptung, es würde sich ja hier um einen Ausnahmefall gehandelt haben. Alle Verfassungsänderungen ergeben sich im Laufe der Entwicklung aus Ausnahmefällen, die zu „Präzedenzfällen“ und schließlich zur Regel werden. Die Regel der Bestimmung des Reichspräsidenten durch den Reichstag aber würde eine bedenkliche Verfassungsverfälschung bedeuten. Einer der wenigen Vorgesänge der Weimarer Verfassung ist die Einrichtung der Volkswahl, weil sie die Unabhängigkeit des Staatsoberhauptes von dem Ruhmhandel des Parlamentes ermöglicht und bei sonst richtigem Funktionieren des politischen Apparats das gesunde Spannungsverhältnis zwischen den zwei Polen des politischen Lebens, Staatsführung und Volkvertretung, gewährleistet, aus dem überhaupt erst schöpferische Energie entstehen kann. Wir betrachten die Erhaltung dieses konstitutionellen Zustandes und seinen nach den Erfordernissen starker Regierungsgewalt sorgfältig abgemessenen Ausbau als so grundsätzlich wichtig, daß wir lange, ehe Herr Dr. Brüning mit seinem Vorschlag auf den Plan trat, jede Einschränkung des Reichstags in die Reichspräsidentenwahlfrage auf das Entschiedenste abgelehnt haben, und daß wir auch durch keine Ermüdung der Opportunität und von unserer Stellungnahme haben abbringen lassen.

Klärung abgegeben hat, seine Partei müsse bei der Wahl eigene Wege gehen.

Ob es den Bemühungen der Mittelparteien gelingt, eine so starke Einheitsfront aufzustellen, daß Herr v. Hindenburg schon im ersten Wahlgang gewählt wird, bleibt abzuwarten. Die Bemühungen sind im Gange. Jedenfalls will der Reichspräsident volle Sicherheit, ehe er seine Kandidatur aufstellt. Das es bei der Reichspräsidentenwahl nicht nur um den Reichspräsidenten, sondern auch um die Regierung Brünning geht, liegt heute ohne Zweifel. Versuche, zwischen Brüning und dem Reichspräsidenten einen Keil zu treiben, scheinen im Gange zu sein. Der gerade Charakter Hindenburgs aber bewährt sich auch jetzt.

Der Kanzler wird persönlich nach Lausanne und Genf fahren, er wird sich in nächster Zeit mit den wichtigsten außenpolitischen Fragen beschäftigen müssen, so daß sich die innenpolitische Befassung ohne sein Zutun vollzieht. Er soll auch nicht mehr die Absicht haben, neue Verhandlungen, etwa um eine Volkswahl mit vorheriger Zusage der großen Parteien, sicher zu stellen. Es ist aber anzunehmen, daß die Mittelparteien selbst weiter bemüht sein werden, alle Möglichkeiten zu überlegen und die Erfolgchance für Hindenburg so zu gestalten, daß er einen einmaligen und glatten Sieg erringt. Wenn die Jungdeutschen diesen Sieg in einem Volksbegehren sehen, so überlegen sie, daß das nur eine Erschwerung der Wahl, eine Komplizierung und eine größere Risiko-Setzung bedeutet.

Man ist nicht mehr verwundert darüber, daß sich in der Politik plötzlich Fragen vorbrängen, die alles bis dahin Diskutierte in den Hintergrund schieben. So ist angefangen der Zuspitzung der bevorstehenden Reparations- und Abrechnungsverhandlungen und der Bemühungen um die Einheitsfront um den Reichspräsidenten, tatsächlich alles, was bislang so wichtig, teilweise sogar sensationell schien, vergessen. Ja, man vergißt sogar, daß noch immer ein Preisentstimmungskommissar agiert und in diesen Tagen eigentlich von der Regierung der Nachweis geführt werden müßte, daß die Preisentstimmung entsprechend dem Lohn- und Gehaltsabbau durchgeführt sei.

Arbeitsstämpfe in Schweden

Stockholm, 13. Januar.

Der Arbeitgeberverband hat beschlossen, die Arbeiter in den Eisenhütten und den Maschinenfabriken auszusperrn, wenn bis zum 24. Januar in dem schwedischen Lohnstreik keine Einigung zustande kommt.

Von einer Ausperrung würden rund 90 000 Arbeiter betroffen werden.

In den weiteren Betrachtungen des „Stahlhelms“ werden diese Opportunitätsgründe insbesondere auf außenpolitischem Gebiete gewürdigt und für eine parlamentarische Verlängerung der Amtszeit des Reichspräsidenten als nicht maßgebend erachtet, weil das Ziel, die Erhaltung der außenpolitischen Autorität Hindenburgs ebenjotig, ja im Grunde noch einflussvoller, auf dem Wege der Volkswahl erreicht werden könnte.

Der Begriff der Volkswahl habe allerdings schon jetzt durch allseits Handver politischer Parteien und auch durch rührige Volksgesellschaften der Wilhelmstraße einen bedeutenden Bekanntheitsgrad erhalten. Darum wird betont: „Selbstverständliche Voraussetzung wäre nach unserer Ansicht außer der Zustimmung des Generalfeldmarschalls die Ausschaltung jeglicher Parteipolitik, gleichgültig welcher Richtung, und die Durchführung des Wahlaktes in einer Form, die der menschlichen und historischen Würde Hindenburgs entspricht. Dazu wäre notwendig:

1. Die sehr rasche Vornahme der Wahl, der ja keinerlei Agitation voranzugehen braucht.

2. Die Zurückstellung jeder anderen Kandidatur, so daß der Charakter der üblichen Wahlkämpfe vermieden wird und die Volksabstimmung den Stempel der Würde erhält.

Durch eine Beschleunigung der Wahl würde nicht nur der Würde des Generalfeldmarschalls am besten Rechnung getragen, sondern auch ein zu enges zeitliches Zusammenfallen von Reichspräsidentenwahl und Preußenwahl vermieden. Der Stahlhelm habe im vergangenen Jahre das Preußenvolksbegehren gerade auch deshalb eingeleitet, um diese beiden Wahltermine nach Möglichkeit auseinanderzuziehen. Wie richtig dieses Bestreben war, zeigte sich jetzt sehr deutlich. Was die Zurückstellung jeder anderen ernsthaften Kandidatur anlangt, so ist das nicht nur eine Forderung, die der Herr Reichspräsident selbst erhoben hat, sondern auch eine Selbstverständlichkeit, wenn der Wahlaakt den Charakter einer Schlichterhandlung tragen soll.

Der „Stahlhelm“ schließt seine Betrachtungen mit folgenden Sätzen:

„Es eine Schilderhebung des Generalfeldmarschalls praktisch möglich ist, und wie sie im einzelnen durchzuführen wäre, darüber ist im Augenblick Schweigen besser als reden. Es ist in der letzten Zeit mehr geredet worden, als dem deutschen Volk dienlich ist.“

Der Stahlhelm wird sich in seinen Entschliessungen auch künftig leiten lassen von dem Bestreben, der historischen Würde des großen Soldaten Hindenburg gerecht zu werden, und von seinem Hochziel: dem Wohle der Nation!

England wünscht Endlösung

London, 15. Januar.

Das halbamtliche Reuters-Büro meldet: Obwohl es unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht so aussieht, als ob eine endgültige Regelung der Reparationsfrage erfolgen könnte, würde doch, wie man zu wissen glaubt, die englische Regierung mit einer Zwischenerlösung allein nicht zufrieden sein, die nur darauf hinausläuft, daß man auf der Stelle marschiert.

Die zuständigen amtlichen britischen Kreise unterstützen einermassen die Ansicht, daß ein langfristiges Moratorium nicht genügt. Es wäre besser, wenn man jetzt keine endgültigen Regelungen erlangen könnte, einen Vergleich zu schließen, der die Endlösung beschleunigt, anstatt sie zu verlangsamen.

Man glaubt zu wissen, daß die englische Regierung es vorziehen würde, wenn die Kriegsschuldenfrage in Lausanne nicht erörtert würde und sich die Konferenz einzig und allein auf das Reparationsproblem beschränken würde.

Telephonspionage?

London, 15. Januar.

Der politische Korrespondent des „Star“ stellt die Behauptung auf, die verfrühte Veröffentlichung der Erklärung Dr. Brünings sei auf das Abhören eines Telephongesprächs zwischen der britischen Botschaft in Berlin und London zurückzuführen, in dem die Mitteilungen des Reichsanstalters an den englischen Botschafter nach London übermittelt wurden. Niemand wisse genau, wo die Belauschung des Gesprächs stattfand. Dieser oder jener halte es für möglich, daß ein Mitarbeiter oder ein Telephonbeamter mit Sympathien für die Nationalsozialisten eine Niederschrift des Gesprächs besorgte.

Zufunzenepidemie in England

Bisher 900 Todesfälle

London, 15. Januar. In der letzten Woche sind in London und den großen Städten Englands 412 Todesfälle infolge von Infuenza eingetreten. In der Vorwoche betrug die Zahl der Todesfälle 240, in der Weihnachtswache 140.